

Mrd. Yuan investieren. Ziel ist der Ausweitung der Telefonanschlüsse auf 174 Mio., 18 Mio. Mobiltelefon-Nutzer und eine Telefondichte von 10% (derzeit 5,47%) (Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, in English, 1103 gmt, 28.6.96; Xinhua News Agency, Beijing, in English, 1444 gmt 27.6.96)

Das MPT ist auch selbst auf dem Markt für Telekommunikation, insbesondere im lukrativen Mobiltelefonmarkt, durch seine staatlichen Produktionsunternehmen aktiv. Mit dem Eastern Communications Co, Hangzhou, wird das größte und profitabelste von drei MPT-Unternehmen demnächst an die Börse gehen. Das Unternehmen stellt Mobiltelefone und -systeme in zwei Joint Ventures mit dem US-Unternehmen Motorola her. (SCMP, 2.7.96)

Wie schnell der Markt für Mobiltelefone wächst, zeigt die Zunahme der Nutzerzahlen von 3.200 im Jahre 1987, als in Guangzhou mit dem Aufbau eines Netzes begonnen wurde, bis Mitte 1996 auf rd. 5 Mio. Die meisten Nutzer finden sich in den wirtschaftlich stärker entwickelten Gebieten wie den Sonderwirtschaftszonen und den Küstenprovinzen; allein auf die Provinz Guangdong entfallen 30% der gesamten Mobiltelefone.

Das MPT reguliert den gesamten Telekommunikationssektor über Bestimmungen und durch den Betrieb des Telekommunikationssystems. Um das MPT-Monopol zu brechen, gründeten das Eisenbahnministerium, das Elektronikministerium und das Energieministerium im Juli 1994 das Unternehmen Unicom (China United Telecommunications Corp.). Da das MPT die Kontrolle über den Sektor behalten hat, konnte sich Unicom nur langsam im Mobilfunksektor über die Vergabe von Lizenzen von Netzwerken in Shanghai, Beijing und Guangzhou entfalten. Die ausländische Beteiligung ist aufgrund der strategischen Bedeutung des Sektors nach wie vor untersagt. (*The Korean Economic Weekly*, 29.7.96)

Eine rasche Ausweitung sah die Inanspruchnahme von Datennetzen in den letzten Jahren. Nach Angaben von Liu Yunjie, Direktor des Amtes für Datenkommunikation beim MPT, stieg die Zahl der Nutzer von Datennetzen von 1.700 Ende 1993 auf über 100.000 bis Mitte 1996.

Seit 1993 wurden in China Datennetze wie ChinaPAC, ChinaDDN (DDN = digital data network) und ChinaNET aufgebaut. An der Datenkommunikation sind 31 wichtige Institutionen und Regierungsabteilungen wie die großen staatlichen Banken, die Staatliche Kommission für Wirtschaft und Handel, die Staatliche Steuerverwaltung, die Akademie der Sozialwissenschaften, die Staatliche Bildungskommission, das Außenwirtschaftsministerium, Wertpapierbörsen, Universitäten, Terminmärkte, die Eisenbahnverwaltung und das Amt für Öffentliche Sicherheit abgeschlossen.

Das Datennetz ChinaPAC hat inzwischen eine Verbreitung in mehr als 2.000 Städten und weist 100.000 Rechner mit Zugängen zum Datennetz auf. Bis Ende des Jahres wird auf eine Ausweitung des Netzes auf 3.600 Städte und 140.000 Zugänge gerechnet. ChinaDDN will bis Ende des Jahres seine bisherige Verbreitung in derzeit 1.000 Städten auf 3.000 ausweiten und ebenfalls 140.000 Zugänge zum Datennetz erreichen. ChinaNET ist bisher in 200 Städten verbreitet, und lokale Netze sind im Aufbau begriffen. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 1444 gmt 27.6.96) MPT-Statistiken zufolge beträgt die Zahl der Teilnehmer am e-mail und Internet 8.855 bzw. 12.000. (NCNA, 12.7.96)

Seit dem 1.7.96 bietet die Provinz Sichuan über ChinaNET Internet-Dienstleistungen für 2.000 Nutzer. Die Hauptstadt der Provinz, Chengdu, zählt zu den 31 größten Zentren im ChinaNET. Die Nutzungsgebühr beträgt 100 Yuan, und die Nutzer erhalten drei Monate kostenlosen Service. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 10.7.96) Auch Hainan hat Ende Juni d.J. einen Vertrag mit ChinaNET über den Zugang zum Internet abgeschlossen. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 30.6.96) -schü-

Taiwan

*(30)

Weitere Bemühungen um Rückkehr in die internationale Gemeinschaft

Taiwan will die Hoffnung nicht aufgeben, wieder in die UNO zurückzukehren. Die Kuomintang (KMT)-Regie-

rung, die 1949 ihren Sitz infolge der Niederlage im Bürgerkrieg gegen die chinesischen Kommunisten vom chinesischen Festland nach Taiwan verlegt hatte, war ursprünglich Chinas Vertreter in der UNO. 1971 wurde sie mit der Resolution 2758 der Weltorganisation gezwungen, die Mitgliedschaft an die kommunistische Regierung in Beijing abzugeben. Seit vier Jahren bemüht sich Taiwan nun um die Rückkehr in die UNO, und bei jeder Vollversammlung wird von taiwanfreundlichen Staaten ein Antrag auf erneute Diskussion der 2758. Resolution gestellt, um eine Doppelrepräsentanz von China/Beijing und Taiwan zu ermöglichen. 1993 gab es sieben Initiatoren des Antrags (sechs Mitunterzeichner), 1994 zwölf (drei), 1995 fünfzehn (Fünf) und in d.J. ist die Zahl der antragstellenden Staaten auf sechzehn gestiegen: Nicaragua, Guatemala, Ecuador, El Salvador, Honduras, St. Vincent und die Grenadinen, St. Lucia, Dominica, Grenada, Swasiland, Zentralafrikanische Republik, Guinea-Bissau, Burkina Faso, Niger, Salomon-Inseln und Senegal. (LHB, 21.7.96; ZYRB, 22.7.96; FCJ, 26.7.96)

Weltweit unterhalten z.Z. noch 31 Staaten diplomatische Beziehungen mit Taiwan, darunter sind 27 UNO-Mitglieder. Auf Druck von Beijing lehnte es der Allgemeine Ausschuß der UNO in den vergangenen Jahren von vornherein ab, den protaiwanesischen Antrag auf die Tagesordnung der Vollversammlung zu setzen. Auch in diesem Jahr ist nichts anderes zu erwarten. Taiwans unermüdliche Bemühungen zielen jedoch in erster Linie darauf, auf seine politische Isolation wiederholt aufmerksam zu machen. In den vergangenen Jahren argumentierten die antragstellenden Staaten für Taiwans Rückkehr damit, daß die Weltorganisation aufgrund ihres eigenen Prinzips der Universalität der Mitgliedschaft Taiwan mit ihren 21 Mio. Einwohnern nicht übersehen dürfe. In diesem Jahr wurde vor allem auf die Demokratisierung in Taiwan mit den ersten direkten Präsidentschaftswahlen im März einerseits und andererseits auf die Kriegsmanöver Beijings in der Taiwan-Straße hingewiesen.

Auch das Europäische Parlament faßte am 18. Juli mit 119 gegen 77 Stimmen einen Beschluß zur Unterstützung der Rückkehr Taiwans in internationale Organisationen einschließlich der UN-Institutionen. Darüber hinaus wurden die Demokratisierung in Taiwan und Taiwans politische und wirtschaftlichen

Aktivitäten für Sicherheit und Frieden im asiatischen und pazifischen Raum begrüßt. (LHB, 19.7.96; FCJ, 26.7.96)

Des weiteren sprachen sich die Vertreter von El Salvador, Guatemala, Costa Rica, Panama, Belize, Honduras und Nicaragua auf der 5. Ministerkonferenz der Mischkommission zwischen der Republik China (Taiwan) und den zentralamerikanischen Staaten am 25. und 26. Juli in Taipei für eine Rückkehr Taiwans in die UNO und die Welthandelsorganisation aus. Im Anschluß an die Tagung machte sich Taiwans neuer Außenminister Zhang Xiaoyan (John Zhang) Gedanken darüber, ob die Mischkommission nicht in eine formelle internationale Organisation umgewandelt werden könnte, an der auch andere asiatische Staaten teilnehmen dürfen. Bislang hat Taiwan den zentralamerikanischen Staaten durch die Kommission großzügige finanzielle und technische Hilfen gewährt bzw. zugesagt. (LHB, 27.7.96; SCMP, 28.7.96; ZYRB, 29.7.96)

Beijing wirft Taiwan vor, international eine "Zwei-China-Politik" oder "ein China und ein Taiwan" zu betreiben. Alle ausländischen Befürwortungen und Unterstützungen für Taiwans Rückkehr in die internationale Gemeinschaft wurden als Einmischung in die innerchinesischen Angelegenheiten verurteilt. (DGB, 25. und 26.7.96; XNA, 24.-27.7.96) Im Hinblick auf Beijing hat die Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) am 25. Juli es abgelehnt, Taiwan als Dialogpartner am ASEAN Regional Forum (ARF) teilnehmen zu lassen. Daher steht man der Idee Zhangs, eine ständige internationale Organisation zwischen den zentralamerikanischen und asiatischen Staaten einschließlich Taiwans zu gründen, voller Skepsis gegenüber. (LHB und SCMP, 28.7.96)

Im diplomatischen Kampf mit Beijing konnte Taiwan im Berichtsmonat seine Stellung in Südafrika behaupten. In den letzten Jahren hatte es häufig Spekulationen über eine Wende in der Chinapolitik Pretorias gegeben. Die Regierung unter Präsident Nelson Mandela zeigt großes Interesse daran, diplomatische Beziehungen mit Beijing, das in der Vergangenheit den Kampf gegen die Apartheidpolitik in Südafrika stark unterstützt hatte, aufzunehmen. Andererseits möchte Mandela die bestehenden diplomatischen Beziehungen seines Landes zu Taiwan, das großzügige Wirtschaftshilfe an Südafrika gewährt,

nicht abbrechen. Während Taiwan bereit wäre, eine solche Doppelerkennung unter dem Motto "pragmatische Diplomatie" zu akzeptieren, lehnt Beijing dies wie o.g. strikt ab. Am 25. und 26. März d.J. besuchte der südafrikanische Außenminister Alfred Nzo zunächst Beijing und dann vom 31. Juni bis 2. Juli Taiwan, um nach seinen Worten Fakten für die Orientierung der Chinapolitik seiner Regierung zu sammeln. Noch vor Nzos Rückkehr aus Taiwan äußerte Präsident Mandela zum wiederholten Male, er könne aus moralischen Gründen die Beziehungen zu Taiwan nicht einfach abbrechen.

Zur Festigung der diplomatischen Beziehungen beider Seiten übernahm Präsident Li Denghui persönlich das Kommando über Taiwans Wirtschaftsengagement in Südafrika. Ihm zufolge haben bisher 278 taiwanische Firmen 1,5 Mrd. US\$ in das afrikanische Land investiert, weit mehr als die Investitionen aus der VR China. (SCMP, 3.7.96) Auch das Handelsvolumen zwischen Taiwan und Südafrika lag im letzten Jahr mit 1,87 Mrd. US\$ mit großem Abstand vor dem zwischen der VR China und Südafrika mit 1,3 Mrd. US\$. (FT, 2.7.96; FCJ, 5.7.96) Bei seinem Besuch in Taiwan hat Außenminister Nzo mit seinen Gesprächspartnern über weitere wirtschaftliche Zusammenarbeit einschließlich der Gründung einer Industriezone in Südafrika sowie der Erhöhung des Imports von südafrikanischen Agrar- und Mineralprodukten durch Taiwan besprochen. (LHB, 2.7.96) Auf Einladung von Nzo soll Vizeministerpräsident Xu Lide (Hsu Li-teh) Ende August d.J. Südafrika besuchen. (LHB und SCMP, 7.7.96)

Zu offiziellen Besuch hielten sich noch drei Staatsoberhäupter im Berichtsmonat in Taipei auf: Präsident Juan Carlos Wasmosy von Paraguay (11.-12. Juli), Präsident Carlos Roberto Reina von Honduras (15.-19. Juli) und Präsident Abdou Diouf von Senegal (22.-25. Juli). Die drei Staaten erhalten ebenfalls Wirtschaftshilfe von Taiwan. Senegal hatte erst am 3. Januar d.J. diplomatische Beziehungen zu Taiwan wieder aufgenommen, eine Woche später brach Beijing seine diplomatischen Beziehungen zu Senegal ab. In der Vergangenheit ist Senegal wie einige andere afrikanischen Staaten auch in der Chinapolitik mehrmals zwischen Beijing und Taipei hin- und hergependelt. (Siehe ausführlich dazu C.a., 1996/1, Ü 26) -ni-

*(31)

Spaltungskrise der größten Oppositionspartei DPP verschärft

Im Berichtsmonat hat sich die Spaltungskrise der größten Oppositionspartei Democratic Progressive Party (DPP) weiter verschärft. Wie berichtet (C.a., 1996/4, Ü 25), trat Shi Mingde (Shih Ming-teh) als Konsequenz der Niederlage der DPP bei der Präsidentschaftswahl im März d.J. vom Amt des Parteivorsitzenden zurück. Bei der Nachfolgewahl gab es zwischen den Kandidaten verschiedener Gruppierungen erbitterte Kämpfe. Schließlich wurde Xu Xinliang (Hsu Hsin-liang) am 16. Juni vom Parteitag zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Kaum hatte er das Amt am 30. Juni angetreten, kam es in der Partei wieder zu scharfen Auseinandersetzungen. Am nächsten Tag, dem 1. Juli, führte er überraschend mit Staatspräsident und Vorsitzenden der Regierungspartei Kuomintang (KMT) Li Denghui (Lee Teng-hui) in dessen Residenz ein langes Gespräch über die Zusammenarbeit ihrer beider Parteien. Dies rief Empörung bei den DPP-Abgeordneten im Gesetzgebungs Yuan aus, die seit Februar d.J. zusammen mit den Abgeordneten der Neuen Partei (NP) versuchen, den zur Regierungspartei KMT gehörenden Präsidenten und Vizepräsidenten des Hauses abzuwählen und den vom Präsident Li Denghui ernannten Ministerpräsidenten Lian Zhan (Lien Chan) zu stürzen. Sie warfen Xu Kapitulation vor.

Eine tiefe Kluft tat sich Ende Juli auch zwischen der Parteizentrale und der DPP-Fraktionsführung in der Nationalversammlung auf. Während die Fraktionsführung auf eine Verfassungsreform im Geist des Präsidialsystems noch in diesem Jahr drängt, befürwortet der neue Parteivorsitzende ein Regierungssystem mit "dualistischer Führung" durch den Präsidenten und den Ministerpräsidenten, was von der gegenwärtigen Praxis oder der Vorstellung der KMT unter Li Denghui nicht weit entfernt ist.

Angesichts der großen Niederlage bei der Präsidentschaftswahl mit Peng Mingmin als DPP-Kandidaten, der den radikalen Kurs für die Gründung eines von China unabhängigen Staats auf Taiwan vertrat, und des vergeblichen Versuchs, mit der NP die Regierung zu stürzen, bemüht sich die DPP jetzt unter ihrem neuen Parteivorsitzenden um eine große Koalition mit der KMT. Diese zeigt sich zwar infolge ihrer

schwachen Mehrheit im Parlament grundsätzlich zu einer Zusammenarbeit mit der DPP bereit, wehrt sich aber gegen eine Koalitionsregierung. Nur einige nominelle Ämter wurden bislang an DPP-Politiker vergeben.

Aus Widerstand gegen die Zusammenarbeit mit der NP und der KMT erklärten die Anhänger von Peng Ming-min die Gründung einer neuen Partei im kommenden Jahr. Dieser hatte bereits am 9. April eine "Gesellschaft für Staatsbildung" (Jianguohui) gegründet, die nach seiner Angabe z.Z. über 10.000 Mitglieder verfügt. Peng selbst hat eine Ernennung zum Ersten Ehrenberater der DPP abgelehnt. Alles deutet darauf hin, daß eine endgültige Spaltung der größten Oppositionspartei nicht zu vermeiden ist. (ZZ, Nr.369, S.5, Nr.370, S.1, 4 und 5, Nr.371, S.4, Nr.372, S.1 und 5, Nr.374, S.5, Nr.375, S.4 ff; LHB, 28.6., 2.-3., 6.-7., 17., 25. und 31.7.96) -ni-

*(32)

Pessimistische Stimmung in der Wirtschaft

Einer vom Wirtschaftsinstitut Chung-Hua Institution for Economic Research am 15. Juli bekanntgegebenen Schätzung zufolge soll das reale Wirtschaftswachstum Taiwans (Bruttoinlandsprodukt) in diesem Jahr zum ersten Mal seit 1991 unter 6% fallen, und zwar auf 5,88% - entgegen einer früheren Voraussage des Instituts von 6,04%. Im letzten Jahr hatte die Wirtschaft noch einen realen Zuwachs von 6,06% zu verzeichnen. Im ersten Quartal d.J. betrug die reale Zuwachsrate 5,31% und im zweiten Quartal 5,67%, verglichen mit 6,98% bzw. 6,48% im jeweiligen Vorjahreszeitraum. Das Chung-Hua Wirtschaftsinstitut geht mit seiner jüngsten Schätzung davon aus, daß sich das Wachstum im zweiten Halbjahr weiter verbessern wird, und zwar auf 6,02% im dritten und 6,4% im vierten Quartal, verglichen mit 6,02% bzw. 4,8% im jeweiligen Vorjahreszeitraum.

Nach Meinung anderer Experten wie des stellvertretenden Vorsitzenden des Rats für wirtschaftliche Planung und Entwicklung (Council for Economic Planning and Development, CEPD), Li Gaochao (Lee Kao-ts'ao), und des Direktors des Wirtschaftsinstituts an der Jinan-Universität, Xu Zhenming (Hsu Chen-ming), ist auch die vom Chung-

Hua-Institut nach unten korrigierte Wachstumsrate für dieses Jahr noch zu optimistisch. Einer im Juni durchgeführten CEPD-Ermittlung zufolge erwarten 24% der verarbeitenden Unternehmen eine Verschlechterung der Wirtschaftslage in den kommenden drei Monaten (im Mai: 21%) und nur 16% (21%) eine Verbesserung und 60% keine Veränderung. Zum ersten Mal seit Anfang d.J. ist die Anzahl der Pessimisten über die der Optimisten gestiegen. (LHB, 16.7.96; FCJ, 3.8.96)

Im ersten Halbjahr ist die Industrieproduktion nach Angabe des CEPD gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 0,4% gesunken, darunter die der verarbeitenden Industrie um 0,3%. (LHB, 1.8.96) Das Amt für Statistik und Budget (Directorate General of Budget, Accounting and Statistics, DGBAS) gab am 23. Juli bekannt, die Arbeitslosenquote habe im Juni bei 2,6% gelegen - die höchste Rate eines Monats seit November 1986. (LHB, 24.7.96) -ni-

Hongkong und Macau

*(33)

Pro- und Antibeijing-Demonstrationen in Hongkong zu Beginn des letzten Jahres vor der historischen Wende

Am 30. Juni, genau ein Jahr vor der Rückgabe der britischen Kolonie an China, fanden in Hongkong gegensätzliche Demonstrationen statt. Auf der einen Seite mobilisierten die beijingfreundlichen Kräfte Tausende von "Patrioten" für einen Ausflug von Hongkong über die Grenze nach Shenzhen und veranstalteten am Abend Feierlichkeiten, um die historische Wende am 1. Juli 1997 zu begrüßen. Auf der anderen Seite marschierten rund 600 Bürger unter Führung der liberal-demokratischen Parteien durch die Stadt zum XNA-Büro, der Vertretung Beijings in Hongkong, um für die Aufrechterhaltung der Demokratie nach der Wende und gegen den Plan Beijings, das demokratisch gewählte Parlament aufzulösen, zu demonstrieren. Auch Gouverneur Chris Patten appellierte an die 6 Mio. Hongkonger, ihre Freiheit und Lebensweise zu verteidigen. Eine 8köpfige Delegation flog am 1. Juli nach

Beijing, um eine Petition mit 50.000 Unterschriften gegen das geplante Provisorische Parlament nach Absetzung des gegenwärtigen gewählten einzureichen. Sie wurden in Beijing jedoch gar nicht von Bord gelassen, obwohl sie gültige Einreisedokumente bei sich hatten. (SCMP, 2.7.96; IHT, 1.7.96; LHB, 1.-2.7.96)

Nach einer vom Hong Kong Institute of Asia-Pacific Studies der Chinese University of Hong Kong Ende Juni d.J. durchgeführten Meinungsumfrage sehen 43,5% der Bevölkerung eine Verschlechterung der politischen Lage nach der Wende 1997, 10% eine Verbesserung und 29,5% keine Änderung. 21,6% der Befragten erwarten jedoch eine Verbesserung der Wirtschaftsentwicklung, 21% eine Verschlechterung und 48,5% keine Änderung. (JSND, 1996/8, S.45) -ni-

*(34)

20 Dollar-Milliardäre in Hongkong

Der von der US-Zeitschrift *Forbes* am 30. Juni veröffentlichten neuen Liste von Superreichen in der Welt zufolge steht Hongkong mit 20 der insgesamt 447 Dollar-Milliardären weltweit an 4. Stelle hinter den USA mit 149, Deutschland mit 52 und Japan mit 41. Unter den zehn Spitzenreichen sind auch zwei aus Hongkong. Der Tycoon Lee Shau-kee (Li Zhaoji) verfügt über ein Vermögen von 12,7 Mrd. US\$ und gilt als der reichste Mann in Asien und viertreichste der ganzen Welt hinter William Henry Gates III (18 Mrd. US\$, USA), Warren Buffet (15,3 Mrd. US\$, USA) und Paul Sacher (13,1 Mrd. US\$, Schweiz). Li Ka-shing (Li Jiacheng), der andere Hongkonger Milliardär, nimmt mit einem Reichtum von 10,6 Mrd. US\$ die 6. Stelle unter den zehn Topreichen ein. Vor ihm an 5. Stelle liegt der reichste Taiwan-Chinese Tsai Wan-lin (Cai Wanlin) mit 12,2 Mrd. US\$. Einschließlich des Überseechinesen Tan Yu (Zheng Zhoumin) auf den Philippinen, mit 7 Mrd. US\$ an 10. Stelle, sind insgesamt vier Chinesischstämmige unter den zehn Reichsten der Welt. Die reichste Frau in Asien, Nina Wang (3,3 Mrd. US\$), kommt ebenfalls aus Hongkong. (SCMP, 1. und 25.7.96; LHB, 2.7.96) Das Pro-Kopf-BSP Hongkongs betrug 1994 umgerechnet 21.702 US\$, weit höher als das von Großbritannien mit 17.533 US\$. -ni-